

merz | medien + erziehung | Arnulfstraße 205 | 80634 München
| fon 089.68989120 | merz@jff.de | www.merz-zeitschrift.de

Dana Neuleitner: EU-Fortschrittsberichte gegen Fake News

Beitrag aus Heft »2019/02 Computerspiele in der Jugendarbeit«

Wenn eine Wahl bevorsteht, werden Bürgerinnen und Bürger online wie offline mit Informationen und Kampagnen geradezu überschüttet. Hierbei gilt es, den Durchblick zu behalten und insbesondere darunter gestreute Fake News zu erkennen. Falschnachrichten als solche zu enttarnen und sich nicht von ihnen beeinflussen zu lassen, sehen EU-Kommissare vor der Europawahl 2019 als zentral an. Deshalb fordert die EU von Unternehmen wie Google und Facebook, gegen Desinformationen vorzugehen.

Im Dezember 2018 stellte die EU-Kommission einen entsprechenden Aktionsplan vor. Dieser besagt, dass Desinformationskampagnen im Netz mit einem Frühwarnsystem sowie aufklärenden Informationen begegnet werden soll. Die Unternehmen Google, Facebook, Twitter und Mozilla unterzeichneten zusammen mit mehreren Industrieverbänden der Werbebranche den zugehörigen Verhaltenskodex. Ende Januar 2019 folgten ihre ersten Fortschrittsberichte. Demzufolge stellen Facebook und Google politische Werbung nun transparenter dar und greifen, ebenso wie Twitter, bei Fake-Accounts ein. Jedoch stelle Google nicht alle Instrumente flächendeckend zur Verfügung und Facebook müsse bezüglich des Einsatzes seiner Tools transparenter werden. Die EU-Kommission lobt zwar die bisherigen Fortschritte, appelliert aber an die Unternehmen, „ihre Anstrengungen im Vorfeld der Europawahlen 2019 zu intensivieren, um in allen EU-Mitgliedsstaaten für die volle Transparenz der politischen Werbung zu sorgen“. Bis zur Europawahl wird die EU-Kommission monatlich über die Fortschritte berichten.

Im Februar 2019 rief der Europarat dazu auf, Cyberbedrohungen im Wahlkontext zu bewerten und Maßnahmen zu deren Bekämpfung zu entwickeln. So soll sichergestellt werden, dass die Integrität des Wahlsystems erhalten bleibt und die Privatwirtschaft dazu angehalten wird, mit Wahl-bezogenen Online-Aktivitäten verantwortungsbewusst umzugehen. Ziel ist die Förderung der Digital- und Medienkompetenz der EU-Bürgerinnen und -Bürger, wodurch sie im Erkennen von Fake News und Desinformation gestärkt werden sollen.

Hintergrund sind erhöhtes Fake-News-Aufkommen und Wahlbeeinflussungen zum Zeitpunkt der US-Wahlen 2016. Hier wurden auf Sozialen Medien, unter anderem Twitter, Falschnachrichten und Verschwörungstheorien etwa mit Hilfe von Bots verbreitet. Eine ähnliche Manipulation der Europawahl soll verhindert werden. Die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union wählen vom 23. bis 26. Mai bereits zum neunten Mal das Europäische Parlament. In Deutschland fällt der Wahltermin auf den 26. Mai 2019.

ec.europa.eu/germany/news